

INVESTIEREN STATT SPEKULIEREN – FÜR EIN EUROPA DER VOLLBESCHÄFTIGUNG!¹

1. Die Veränderung der Finanzmärkte in ein riesiges Spielcasino	16
2. Sand ins Getriebe werfen	18
3. Die pervertierte Politik des IWF	19
4. Eine neue Verfassung des IWF nötig!	21
5. Neoliberalismus in Europa	22
6. Volksversicherung und Sozialstaat	30
7. Demokratisches Erbe Europas	31

Auszug aus WISO 3/2004

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Weingartshofstraße 10

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@ak-ooe.at

Internet: www.isw-linz.at

Oskar Lafontaine

**ehemaliger Minister-
präsident des
Saarlandes und
Bundesfinanzminister
der BRD**

1. Die Veränderung der Finanzmärkte in ein riesiges Spielcasino

*Anfang der
70er Jahre
entscheidende
Struktur-
veränderungen*

Was hat sich denn in den letzten Jahren verändert? Anfang der 70er Jahre hat sich eine entscheidende Strukturveränderung der Weltpolitik ergeben, und das ist der Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods. Dieses System hatte zwei entscheidende Komponenten, die für die Weltwirtschaft viel bedeutender waren, als ich es zur damaligen Zeit verstanden und begriffen habe.

Das erste Strukturelement war, dass man auf feste Wechselkurse hingearbeitet hat statt auf flexible Wechselkurse. Und das zweite Strukturelement war, dass der Kapitalverkehr zwischen den Staaten reguliert und kontrolliert wurde. Anfang der 70er Jahre hat man diese beiden Strukturelemente des Weltfinanzsystems verändert. Das waren gewaltige Strukturveränderungen.

Dazu kam dann noch eine technologische Revolution: der Computer und die damit verbundene Möglichkeit, finanzielle Transfers innerhalb von Sekunden auf einen Knopfdruck hin – etwa von Linz – zu allen Finanzzentren der Welt zu veranlassen.

*Weltfinanz-
transfer: nur
noch 5 % real-
wirtschaftliche
Investitionen*

Und dann haben wir jetzt – wenn man die Weltfinanzmärkte ansieht – ein riesiges Spielcasino. Die Zahlen sind beeindruckend. Wir hatten Anfang der 70iger Jahre 5 % der Weltfinanztransfers zur Spekulation. Und wir hatten 95 % der Weltfinanztransfers für Realwirtschaft, d. h. für Warenverkehr, für Gütertausch und für reale Investitionen. Heute ist es genau umgekehrt. Nur noch 5 % der weltweiten Finanztransfers dienen eigentlich der Wirtschaft, dienen dem Güter- und Warenverkehr, dienen den direkten Investitionen. Und 95 % des gesamten Verkehrs sind reine Spekulationen. Es versteht sich doch von selbst, dass dann eben spekuliert und nicht mehr investiert wird.

Die weltweite Spekulationsblase saugt viele Gelder ab, die eigentlich viel besser angelegt wären in realwirtschaftlichen Investitionen in allen Staaten der Welt. Wenn aber große Firmen – auch Weltfirmen – ihre Erträge nicht mehr investieren in neue Produkte, in neue Produktionen, in neue Produktionsstätten überall in der Welt, sondern sich beteiligen an der Weltausbeutung – mittlerweile auch an der Spekulation von Rohstoffen und was weiß ich auch immer –, dann wird eben der Geldfluss in der Welt umgelenkt. Hin in das Spielcasino.

*weltweite
Spekulationsblase
saugt viele
Gelder ab ...*

Dieser Geldfluss fehlt dann „in der praktischen Anwendung“, in der realen Investition, im realen Austausch von Gütern, Waren und Dienstleistungen. Und hier ergibt sich der Zusammenhang. In dem Ausmaße, in dem auch die Industriestaaten aufgrund dieser weltweiten Finanzspekulation Beschäftigungs- und Wachstumsverluste hatten, in dem Ausmaße haben die so genannten Länder der Dritten Welt noch größere Beschäftigungs- und Wachstumsverluste.

*... und führen zu
Beschäftigungs-
und Wachstums-
verlusten*

Und nur diejenigen, die sich dagegen wehren und sich nicht diesem Spekulationschaos unterwerfen – wie China oder Indien –, haben andere Zahlen. Wenn man genau hinsieht, ist die verheerende Wirkung dieses Spekulationschaos überall dokumentiert und in den Wachstumszahlen niedergelegt. Die Frage ist dann: Welche Vorschläge haben wir, wenn es darum geht, diesem Missstand Abhilfe zu schaffen? Und die Vorschläge ergeben sich natürlich aus dem Kritisierten:

Wenn die Freigabe des Kapitalverkehrs zu diesem Spekulationschaos geführt hat, wenn die flexiblen Wechselkurse die einzelnen Finanzakteure – wie das so schön heißt – dazu verführen, immer wieder auf Währungen zu spekulieren statt sich Gedanken zu machen, wo sie ihr Geld vernünftig investieren, dann müssen wir wieder hinarbeiten auf feste Wechselkurse, insbesondere zwischen den drei großen Leitwährungen Euro, Dollar und Yen. Und wir müssen den Kapitalverkehr wieder regulieren.

*feste
Wechselkurse*

*Finanzcasino
muss Regeln
unterworfen
werden*

Es kann nicht sein, dass das spekulative Kapital von heute auf morgen in die Anlage geht und sich wieder zurückzieht und damit ganze Volkswirtschaften in den Ruin stößt. Wer Verantwortung für ein stabiles Wachstum der Weltwirtschaft für sich reklamiert, der muss zustimmen, dass dieses Finanzcasino endlich Regeln unterworfen werden muss und dass die Spekulation durch Kontrolle des internationalen Kapitalverkehrs eingedämmt werden muss.

2. Sand ins Getriebe werfen

*Steuern für
Finanztransfers*

Schon der geniale Ökonom John Maynard Keynes hat für die Spekulation an den Börsen Spekulations- und Börsenumsatzsteuern gefordert, um Sand ins Getriebe dieser Bewegung – dieser Maschine – zu streuen. Und natürlich hatte James Tobin Recht, als er sagte: „Wir brauchen auch für die Finanztransfers eine Steuer, um Sand ins Getriebe dieser täglich immer schneller werdenden Spekulation zu werfen.“ Dieses Sand-ins-Getriebe-werfen wäre unbedingt notwendig und hat sich auch bewährt.

Wenn man höhere Börsenumsatzsteuern hat, bremst man natürlich den Börsenhandel. Und wenn man den Finanztransfer weltweit mit Steuern belegt, dann bremst man natürlich auch die Finanztransfers, die teilweise ja innerhalb von Sekunden disponiert werden. Und insofern möchte ich auch hier die Forderung von ATTAC oder anderen Gruppen unterstützen, die sagen: Wir brauchen eine Tobin-Tax. Wir können sie sogar einsetzen zur Unterstützung der Länder, die bisher die Hauptleidtragenden der internationalen Finanzspekulation waren. Das sind die Länder der Dritten Welt.

Nun, neben diesen drei Forderungen – Tobin-Tax, Re-Regulierung des internationalen Kapitalverkehrs und Hinarbeiten auf feste Wechselkurse – möchte ich einen vierten Punkt vortragen: eine Neuorganisation des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Der IWF ist gegen Ende des Zweiten Weltkrieges gegründet worden, um den Ländern zu helfen, deren Wirtschaften in Schwierigkeiten geraten sind. Um ihnen Kredite zu geben, damit die gesamte Weltwirtschaft nicht Schaden nimmt. Es war also nicht nur ein uneigennütziges Helfen gegenüber Ländern, die eine wirtschaftliche Schwäche zeigten, sondern es war die schlichte Einsicht, dass die Weltwirtschaft immer mehr zusammenhängt und dass Schwächeperioden – etwa der indonesischen oder der russischen Volkswirtschaft – auch Auswirkungen auf andere Volkswirtschaften haben und damit auf die gesamte Weltwirtschaft. Das war die ursprüngliche Idee von Bretten Woods.

*ursprünglicher
Auftrag des IWF*

3. Die pervertierte Politik des IWF

Mittlerweile ist aber auch diese Idee – administriert durch den IWF – völlig pervertiert worden. Pervertiert worden durch die Wall-Street-Firmen, durch die internationalen Finanzspekulanten, die gesagt haben: Es geht nicht in erster Linie darum, einer Volkswirtschaft zu helfen, die in Schwierigkeiten geraten ist. Sondern es geht darum, die Finanzanlagen, die wir zum Zwecke der Spekulation tätigen, so zu sichern, dass keine allzu großen Verluste entstehen. Das ist aber eine ganz andere Zielsetzung.

Denn es ist natürlich klar, dass dies zu einer Politik führt, die sich letztendlich gegen die Volkswirtschaften wendet, die angeblich gerettet werden sollen. Was heißt das? Thailand, zum Beispiel, ist eine relativ schwache, kleine Volkswirtschaft. Als dort eine Blase entstand, flüchtete oder wandte sich das internationale Kapital auch an die thailändischen Banken und versuchte, dort Optionen, Anleihen und so weiter zu erwerben. In der Hoffnung, dass über die Währung und über die Zinsentwicklung diese Anleihen sich wertmäßig steigern.

Beispiel Thailand

Natürlich kamen immer mehr, die dann in Thailand erkannten: Da ist ja eine Immobilienblase, eine Wertpapierblase usw. Und sie wollten alle an diesem Boom Anteil haben. Und plötzlich –

wie das immer so ist, wenn sich Blasen aufbauen – geriet das Ganze in Schwierigkeiten. Man merkte auf einmal, es klappt nicht mehr. Die Ersten seilten sich ab. Das ist ein sich selbst verstärkender Prozess – auf einmal flüchteten sie alle.

Wäre diese Flucht aber begleitet worden von einem totalen Verfall der thailändischen Währung, dann hätten natürlich die Anleger erhebliche Verluste gehabt. Also macht der IWF – und das ist das Muster aller anderen Interventionen – Auflagen, um diesen rapiden Währungsverfall zu stoppen.

Zunächst einmal zwingt man das jeweilige Land kräftig zu sparen, weil ein geringes Ausgabenverhalten des Staates die Währung stabilisiert. Dann zwingt man das jeweilige Land, die Zinsen hoch zu setzen, um die Währung künstlich hoch zu halten. Dies ist natürlich Gift für die jeweilige Regionalwirtschaft. Und dann zwingt man auch die jeweilige nationale Notenbank, die eigenen Währungsreserven auf den Markt zu werfen, um die Währung zu stabilisieren und Währungsverluste für die internationalen Spekulanten in Grenzen zu halten. Das sind natürlich Maßnahmen, die eine Zeit lang wirken.

Also, noch einmal: Haushaltskonsolidierung mit all dem, was das heißt, Zinsen rauf und Einsatz der nationalen Währungsreserven, um die Währung einigermaßen stabil zu halten. Das geht aber nicht lange, weil ja das internationale Spekulationskapital viel zu stark ist, als dass eine kleine nationale Volkswirtschaft dem widerstehen könnte. Sobald das Ganze dann ins Rutschen kommt, hoffen die Wall-Street-Firmen, dass die meisten Anleger ihr Schäfchen ins Trockene gebracht haben, und dann gibt es irgendwann kein Halten mehr. Diese Politik des IWF ist von Joseph Stiglitz in seinen Büchern massiv auseinander genommen und kritisiert worden. Er hat das – von seiner Innensicht her – bekräftigt, was ich hier in wenigen Worten angesprochen habe. Und damit ist die Aufgabenstellung des Währungsfonds pervertiert.

Ich kann als ehemaliger deutscher Finanzminister nur sagen, dass die amerikanischen Akteure damit gar keine großen Probleme haben. Denn sowohl Bob Rubin, der ehemalige amerikanische Finanzminister, als auch sein Nachfolger L. Summers haben immer wieder gesagt: Der IWF ist ein verlängerter Arm der amerikanischen Politik. Und da muss man dann fragen: Was ist denn amerikanische Politik? Dann landet man sehr schnell bei den Finanzinteressen der Wall-Street-Firmen. Aber es kann ja wohl nicht das Interesse der Weltgemeinschaft sein, dass die finanziellen und materiellen Interessen weniger internationaler Spekulanten dazu führen, dass ganze Volkswirtschaften in den Ruin gestürzt werden.

„... IWF ist verlängerter Arm der amerikanischen Politik.“

4. Eine neue Verfassung des IWF nötig!

Und daher brauchen wir eine neue Verfassung des IWF, wir brauchen ein stärkeres Stimmengewicht der so genannten Länder der Dritten Welt. Die Europäer könnten sich hier einmal zusammenschließen und das von mir reklamierte Gegengewicht zur US-amerikanischen Politik bilden, indem sie ihre Stimmanteile bündeln. Wenn die Europäer ihre Stimmanteile nämlich bündeln, dann ist aufgrund der Satzung des IWF der Sitz von den USA nach Europa zu verlagern, das ist das eine. Und zum Zweiten können sie dann stärker als die amerikanische Politik die IWF-Entscheidungen beeinflussen.

stärkeres Stimmengewicht für Länder der Dritten Welt und Stimmenbündelung der Europäer notwendig

Hier sehen Sie wieder dieselbe Problematik und dieselbe Fragestellung wie beim Irak-Krieg. Lassen sich die Europäer auseinander dividieren, dann sind sie schwach und dann sind sie mehr oder weniger darauf angewiesen, was der Hauptakteur der Weltbühnen – die Vereinigten Staaten – entscheidet. Wenn sie aber ihre Kräfte bündeln, dann sind sie in der Lage, sogar ein stärkerer Akteur der internationalen Entscheidungen zu werden.

Und deshalb meine ich, dass endlich eine Neuordnung der Verfassung des IWF stattfinden soll. Denn ohne eine Veränderung dort wird sich an dem, was wir in den letzten Jahren

Spekulationen führen zu großen Verwerfungen, die uns alle betreffen beklagt haben – an dem Absturz ganzer Volkswirtschaften – nichts ändern. So lange spekuliert statt investiert wird, so lange werden wir mit großen Verwerfungen zu tun haben. Und so lange sind wir auch mittelbar Betroffene, ohne dass wir das direkt merken.

Zusammenfassung der Vorschläge Das sind einmal drei Vorschläge zur internationalen Szene, die ich noch einmal zusammenfassen möchte: Stabilisierung der Wechselkurse, Kontrolle des internationalen Kapitalverkehrs und Neufassung der Verfassung des IWF. Auch zur Weltbank und WTO wäre noch einiges zu sagen, aber darauf will ich nur mehr am Rande eingehen.

5. Neoliberalismus in Europa

Wir haben in Europa – vielleicht stärker als andere Länder, auch als die Vereinigten Staaten – die Philosophie des Neoliberalismus in die wirtschaftspolitischen Entscheidungen übernommen. Wenn ich die Philosophie des Neoliberalismus karikieren möchte, dann will ich sie so nennen: Der Neoliberalismus glaubt, wenn es einer Minderheit gut und der Mehrheit schlecht geht, dann wachsen die Volkswirtschaften und die Probleme lösen sich. Noch mehr am Wort orientiert meint der Neoliberalismus: Die Volkswirtschaft wächst, wenn es dem Volk schlechter geht. Das Ganze nennt man Reformpolitik oder Modernisierung.

Und das ist nicht nur eine Entwicklung, wie wir sie in der Bundesrepublik Deutschland oder in Österreich feststellen, sondern in vielen europäischen Staaten. Und das Volk beginnt hier allmählich, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Das Ganze hat natürlich immer gesellschaftliche Interessen, Konflikte zur Grundlage. Ich beginne mit strukturellen Elementen der Europäischen Politik – außerhalb des Stabilitätspaktes und außerhalb der Verfassung der Europäischen Notenbank, die beide geändert werden müssen.

5.1. Privatisierung

Was ist denn Privatisierung? Privatisierung ist der Anspruch einer Minderheit, dass die öffentlichen Interessen zurückgedrängt werden und dass diese Minderheit dann mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen Geschäfte macht und dabei Gewinne erzielt und sich bereichert. Nichts anderes ist es. Und dass diejenigen, die solche Absichten haben, im öffentlichen Diskussionsprozess die Unterstützung haben, ergibt sich aus einem einfachen Zusammenhang:

Die Medien – siehe Berlusconi in Italien oder siehe auch die Medien in ganz Europa – dienen nicht unbedingt den sozial Schwachen oder den Arbeitslosen oder den Arbeitnehmern oder den Gewerkschaften, sondern sie dienen in der Regel reichen, einflussreichen Kapitalgruppen. Also heißt es: die Privatisierung ist letztendlich der Ausweg, das ist ja ein neoliberales Glaubensbekenntnis.

*Unterstützung
durch die Medien*

Da sind dann nicht nur z. B. Autobahnen und bestimmte Dienstleistungen zu privatisieren, nein, letztendlich – und das ist ja dann global diskutiert worden – da können wir auch das Wasser und das Schulwesen privatwirtschaftlich besser verwalten. Es gibt ja die Zahlen, die in die Welt gesetzt werden, wo der Wassermarkt 800 Mrd. Dollar Wirtschaftsvolumen und der Bildungsmarkt – laut einer amerikanischen Investmentbank – 2.200 Mrd. Dollar wirtschaftliches Volumen hat. Da, meine ich, sind nun all diejenigen gefordert, die wirklich noch das Wort Demokratie in irgendeiner Form mit Inhalt füllen wollen.

Wenn bei den elementarsten Bedürfnissen der Gesellschaft – wie der Wasserversorgung oder der Bildung – die privaten Gewinninteressen beantwortet werden sollen, wie kann man da ernsthaft noch von Demokratie sprechen?

*Privatisierung
beraubt Bürger
demokratischer
Möglichkeiten*

Wer Demokratie will, der muss doch dem Gedanken zustimmen, dass die Bürgerinnen und Bürger – etwa der Stadt Graz

– noch mitentscheiden dürfen, wie die Wasserversorgung, die Energieversorgung, die Verkehrsversorgung, die Bildungs- „Versorgung“ der Stadt ist.

Das müsste doch eigentlich nicht so schwer nachvollziehbar sein. Auch dann, wenn vielleicht unter dem Gesichtspunkt der Kostensenkung und der Renditeerwirtschaftung ein ausländischer Konzern – etwa bei der Energieversorgung – höhere Renditen erwirtschaften würde. Ja wem nützt denn das eigentlich? Alle Erfahrungen in aller Welt zeigen doch, dass die privatwirtschaftliche Versorgung mit elementaren Gütern noch nie zu besseren Ergebnissen geführt hat als die öffentliche Versorgung. Es ist immer nur in Teilsektoren eine Verbesserung erreicht worden, aber nie in einem ganzen Bereich.

*„privare“ heißt
auch berauben*

Ich möchte daran erinnern, dass das lateinische Wort „privare“ auch berauben heißt. Und insofern ist also das Wort „privatisieren“ an dieser Stelle durchaus in der lateinischen Übersetzung kritisch aufzuarbeiten. Wer also privatisiert, beraubt die Bürgerschaft ihrer elementarsten demokratischen Möglichkeiten. Und man sollte auch im Zeitalter des Neoliberalismus nicht das Denken einstellen.

*Privatisierung
elementarster
Versorgungsbereiche muss
man sich
widersetzen*

Privatisierung ist im Grunde genommen ein Schlag gegen die Demokratie. Wir müssen uns das immer wieder klar machen und bei den Menschen dafür werben, dass sie solchen Sirenen-tönen nicht auf den Leim gehen. Erste Forderung für die innere Strukturdebatte in Europa: Die Privatisierung der elementarsten Versorgungsbereiche der Bürgerinnen und Bürger ist eine Reform, der wir uns widersetzen müssen, weil sie letztendlich mit Demokratieverlust und mit erheblichen Verlusten für die Gesamtbevölkerung verbunden sind.

5.2. Reformen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarkts

Alle reden immer von Reformpolitik. Da möchte ich noch einmal an Wittgenstein erinnern, der einmal eine wirklich geniale Einsicht hatte. Nämlich, dass die Sprache unser

Denken bestimmt. Die Sprache bestimmt unser Denken. Wenn die Sprache bestimmte – auch gesellschaftliche – Konflikte im Interesse einer bestimmten Richtung reflektiert, dann bestimmen also die Interessen dieser Richtung auch unser Denken.

*Wittgenstein:
„Die Sprache
bestimmt unser
Denken.“*

Ich möchte Ihnen ein Beispiel geben: Sie werden in Europa nirgendwo einen Vortrag zur Wirtschafts- und Finanzpolitik und zu den „Europäischen Reformen“ hören, ohne dass der Redner dann – sei er Staatspräsident, sei er Ministerpräsident, sei er Professor – sagt: „Und ein Kernanliegen der Europäischen Union ist die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, wir müssen endlich weiterkommen bei der Flexibilisierung der Arbeit!“

Was ist eigentlich Flexibilisierung der Arbeit? Bei jedem Begriff muss doch gesagt werden, was er eigentlich bedeutet – ein Grundansatz jeder politischen Diskussion. Und „Flexibilisierung der Arbeitsmärkte“ ist für mich ein Täuschungsbegriff und ein Lügenbegriff. Denn, wenn man genauer hinsieht, heißt er: Wir wollen niedrigere Löhne, keine Arbeitnehmerrechte – also keinen Kündigungsschutz – und wir wollen Arbeitszeiten rund um die Uhr, ohne Rücksicht auf die Familie oder soziale und kulturelle Belange.

*Was heißt
Flexibilisierung
der Arbeit?*

Ich kann ja verstehen, dass die Propheten der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes der Bevölkerung das so nicht sagen wollen. Das wäre ja unfein. Aber ich rufe alle auf, doch zunächst einmal zu fragen: Ja, was meinst du denn, wenn du Flexibilisierung des Arbeitsmarktes immer wieder forderst? Und wer dann – etwa als Professor oder als Minister oder als Bankenvorstand oder als Vorstand eines großen Konzerns – für die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte ist, der soll dann zunächst mal bei sich selbst anfangen und vorschlagen, sein Gehalt zu senken, seinen 5-Jahres-Vertrag auf tägliche Kündigung umzustellen und nach Möglichkeit auch das Golfspielen am Wochenende einzustellen.

Und das Zweite ist eine ähnliche Debatte: Alle, die glauben, etwas von Wirtschaft zu verstehen, sagen: „Wir müssen alle wieder länger arbeiten!“ Das hört sich sehr gut an für die Millionen Arbeitslosen, die die Arbeitszeit null haben. Wenn man dann genauer hinsieht, merkt man, dass auch hier Lüge und Täuschung im Spiel sind. Denn es geht ihnen natürlich überhaupt nicht darum, dass länger gearbeitet wird. Denn sie wissen auch, dass derjenige, der an der Maschine oder an einer schwierigen Produktion steht, ermüdet, wenn er länger arbeitet – das wissen die alle. Und dass er dann auch schlechtere Leistungen erbringt.

*es geht um
Lohnsenkung*

Es geht ihnen einfach darum zu sagen: Ihr müsst länger arbeiten zum gleichen Lohn. Das heißt, es geht ihnen um Lohnsenkung. Und auch hier ist die Aufgabe der kritischen Bürgerinnen und Bürger, dieses Betrugsspiel zu durchschauen und sich gegen solche Volksverdummung zu wehren und zu sagen, dass wir uns das nicht mehr bieten lassen.

5.3. Reform des Sozialstaates

Nun sind wir bei einem konkreten Punkt angelangt: der Reform des Sozialstaates. Davon war ja bereits die Rede. Wo dann immer wieder gesagt wird: Wir können uns diesen Sozialstaat nicht mehr leisten. Ja wer sagt denn das eigentlich? Wir können genauso gut sagen: Wir können uns explodierende Managergehälter oder bestimmte Blasen an den Aktienmärkten nicht mehr leisten. In Deutschland sage ich immer: Während das Wort Lohnzurückhaltung in allen Kommentaren in Zeitungen, in öffentlichen und privaten Rundfunk- und Fernsehanstalten gang und gäbe ist, habe ich noch niemals das Wort Gewinnzurückhaltung gehört.

*„Gewinn-
zurückhaltung“*

Anders ausgedrückt: Wenn man von den Arbeitnehmern Verzicht fordert, wieso fordert man dann nicht von den Arbeitgebern Verzicht? Da kann man doch einmal fragen, zumindest denken darf man ja noch.

Es ist ein Phänomen, dass diese Frage überhaupt niemals aufgeworfen wird. Dass noch nie einer auf die Idee gekommen ist, etwa bei einer Bank zu sagen: Statt 4 Mrd. Jahresgewinn kannst du ja auch mit 3 Mrd. auskommen. Oder Mercedes: Statt 4 Mrd. oder 5 Mrd. kannst du ja mit der Hälfte zufrieden sein.

Warum muss man die Verzichtsethik – und das ist ja das Merkwürdige – immer nur bei denen ansetzen, die sowieso im Verteilungskampf schon ständig zurückgesetzt worden sind. Warum? Dass das ökonomisch nicht begründbar ist, liegt ja auf der Hand. Denn der Glaube, dass die Volkswirtschaft wächst, wenn es dem Volk schlecht geht und einer Minderheit gut geht – ist wirklich ein gewaltiger Irrglaube, auch wenn tausend Professoren, Minister und sonstige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ihn jeden Tag beschwören.

Warum setzt Verzichtsethik immer bei Benachteiligten im Verteilungskampf an?

Und deshalb ist die Formel „Wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten“ ohne weiteres nicht akzeptabel und auch in Verbindung mit dem Steuerrecht zu sehen.

5.4. Steuerwettbewerb – wunderbar!

Als weiteres Strukturelement möchte ich jetzt ein herrliches Wort der Neoliberalen aufnehmen: Steuerwettbewerb – wunderbar! Wer ist nicht fasziniert, insbesondere in der Schweiz oder anderen Staaten, von der Idee, dass wir einen Wettbewerb brauchen, dass wir Freiheit brauchen, unser Steuersystem selbst zu gestalten? Und da klatschen natürlich viele Beifall.

Nur der Steuerwettbewerb hat einen kleinen Konstruktionsfehler. Er kommt nur denen zugute, die beweglich sind, die ihr Vermögen von hier nach da transferieren können, die ihren Wohnsitz von Linz nach Monaco oder sonst wo transferieren, die ein Nummernkonto in der Schweiz oder wo auch immer aufmachen.

Steuerwettbewerb kommt nur Mobilien zugute

Dieser herrliche Steuerwettbewerb führt dazu, dass die Steuern auf Kapitaleinkünfte gegen Null gehen, die Vermögenssteuern null sind und die Gewinnsteuern – die Unternehmenssteuern – immer weiter zurückgehen. Das ist das Ergebnis des Steuerwettbewerbs. Das können wir dann auch noch als wirtschaftlich notwendig bezeichnen.

Steuerwettbewerb ist Umverteilungsmechanismus

Aber die andere Seite der Medaille ist, dass die Lohnsteuern und die Sozialabgaben in der gesamten europäischen Gemeinschaft in den letzten Jahren immer weiter gestiegen sind. Das kann jeder, der ein statistisches Buch zur Hand nimmt, überprüfen. Und damit ist dieser herrliche Steuerwettbewerb – von allen Neoliberalen als ein Kredo dargeboten – nichts anderes als ein brutaler Umverteilungsmechanismus von Arm zu Reich. Und das müssen wir entlarven. Daher müssen wir diesen Steuerwettbewerb durch Steuerharmonisierung in Europa ablösen.

Als mein Vorgänger Waigel im Deutschen Bundestag noch Finanzminister war, begründete er beispielsweise die Abschaffung der Vermögenssteuer mit der österreichischen Entscheidung, die vorangegangen war.

Und das war so attraktiv, dass dann z. B. Hr. Flick plötzlich entdeckt hat, dass Österreich ein schönes Land ist, und seinen Wohnsitz dahin verlagert hat. Oder Tennisgrößen – wie Michael Stich – auch auf einmal sagten, Österreich sei ein schönes Land. Es war aber nicht die Liebe zur Landschaft Österreichs, die sie hierhin getrieben hat, sondern die Tatsache, dass keine Vermögenssteuer erhoben worden ist und andere Steuerlastbestände günstiger waren als in der Bundesrepublik Deutschland.

„Kapital ist ein scheues Reh ...“

Waigel stand immer im Deutschen Bundestag und sagte: „Das Kapital ist ein scheues Reh – sobald es irgendwo einen Finanzbeamten im Gebüsch sieht, dann ist es fluchtartig weg.“ Und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages waren tief beeindruckt. Ja, da können wir ja gar nichts dagegen machen, wenn das scheue Reh überall hinflieht.

Und dann kam zur gleichen Zeit noch eine Debatte um die deutsche Leitkultur. Ich will etwas ganz Banales sagen: Ich wäre für eine Leitkultur, die uns wieder zu der Idee zurückfinden lässt, dass Staatsangehörigkeit nicht nur bedeutet, dass man Rechte – auf den Schutz des Staates, den Sicherheitschutz, den militärischen Schutz und den sozialen Schutz – hat, sondern dass man auch Pflichten hat. Und dass diejenigen, die sich systematisch der Pflicht ihrer Beiträge zu den Staatshaushalten entziehen, auch mit dem Entzug der Staatsbürgerschaft zu rechnen haben.

Es ist ja wunderbar, dass die großen Leitidole der Deutschen – z. B. die Schumi-Brüder oder Franz Beckenbauer, das ist der Deutsche Kaiser, „Deutscher Kaiser“ heißt er sogar noch!, oder andere – alle ihren Wohnsitz in der Schweiz oder in Österreich oder sonst wo haben. Ja, was ist denn das überhaupt für eine Gesinnung? Wie kann man da vom Gemeinwesen – von Rechten und Pflichten usw. – sprechen?

Das ist ja ein Beleg dafür, dass wir anfangen müssen, uns in Europa auf Regeln zu verständigen, und dass wir die Regeln nicht so gestalten dürfen, dass die Wohlhabenden sich ihrer sozialen Verpflichtung, die ja in den Grundgesetzen verschiedener Länder verankert ist, einfach total entziehen.

*Regeln
notwendig,
dass sich
Wohlhabende
nicht ihrer
sozialen
Verpflichtungen
entziehen*

Daher mein Polemisieren gegen Steuerwettbewerb und daher sagte Waigel auch immer, es sei ein scheues Reh, das Kapital. Ich habe gesagt: Aber so ein scheues Reh kann man mit entsprechenden Maßnahmen und Hindernissen auch dazu bewegen, im eigenen Land zu bleiben. Das dürfte ja nicht allzu schwer sein.

Ein Beispiel: Da hat jetzt ein deutscher Unternehmer, der erheblich Subventionen kassiert hat, gesagt, solch Steuerrecht, das sei ihm einfach zuwider, er gehe daher in die Schweiz. Da muss man sagen: Subventionen werden nur unter der Bedingung bezahlt, dass im Fall der Firmenverlagerung die ganzen Subventionen wieder zurückbezahlt werden müssen!

Derzeit wird versucht, die einzelnen Länder gegeneinander auszuspielen. Dies geht dann natürlich immer gegen die Mehrheit der Bevölkerung, weil nur eine Minderheit von solchen Schlupflöchern oder solchen Ausnahmetatbeständen Gebrauch machen kann.

Bankgeheimnis

Und daher wettere ich auch hier in Österreich, in der Schweiz, in Deutschland – und wo auch immer – gegen das Bankgeheimnis. Das Bankgeheimnis ist ja von den Neoliberalen zu einem Mythos erhoben worden, zu einer fast halbreligiösen Instanz. So, als ginge es dort um ein Mysterium. Das Bankgeheimnis ist einfach eine kriminelle Einrichtung für Leute, die ihr Geld irgendwo bunkern und die staatlichen Gesetze nicht beachten wollen. Deswegen muss das Bankgeheimnis fallen! Ich hoffe, Sie können dazu applaudieren.

*Steuer-
dumping und
Subventionen
sind nicht
vereinbar*

Ich habe in diesen drei Tagen – auch von österreichischen Kommentatoren – folgendes gelesen: Ja wollt ihr denn etwa der Slowakei oder Polen vorschreiben, wie sie ihr Steuerrecht usw. zu gestalten haben? Dann sage ich: Nein, das wollen wir nicht. Aber eines muss klar sein: Wenn die osteuropäischen Staaten – das gilt auch für die Schweiz – das Recht haben wollen, ihr Steuerrecht selbstständig zu gestalten, ohne die Interessen der Mitgliedstaaten zu beachten, wenn diese Staaten das Recht haben wollen, durch ein Steuerdumping die wohlhabenderen Industrienationen auszupowern, dann dürfen sie aber nicht gleichzeitig die Hand aufhalten und Subventionen erbitten. Es geht eben immer um Rechte und Pflichten.

6. Volksversicherung und Sozialstaat

Ich möchte zusammenfassen: Es gibt alternative Politikkonzepte, die angeboten werden und realisierbar wären. Was die Reform des Sozialstaates angeht, gibt es die große Idee der Volksversicherung oder der Bürgerversicherung. Das ist ein Modell, das beispielsweise bei der Rentenversicherung in der Schweiz praktiziert wird.

Da ist es nicht so wie in Deutschland und teilweise auch in Österreich und in anderen Ländern, wo nur ein Teil der Bevölkerung in die Sozialkassen einzahlt. Wir hatten ja nicht einen Sozialstaat, sondern wir hatten Arbeitnehmerunterstützungskassen eingerichtet. Die Arbeitnehmer zahlten in die Kassen ein – falls jemand einen Unfall hat oder frühzeitig in Rente geht usw. –, damit es eine Grundsicherung gab, finanziert von der Arbeitnehmerschaft. Das war die Bismarck'sche Idee des Sozialstaates.

*nicht
Sozialstaat
sondern
Arbeitnehmer-
unterstützungs-
kassen wurden
eingerrichtet*

Außen vor waren die Wohlhabenden, die Grundbesitzer, die Selbständigen und die Beamten. So ist das in Deutschland noch heute. Und daher können wir hier auch eine Reform machen, aber eine Reform im Interesse der Mehrheit des Volkes.

Und wir haben noch eine Strukturveränderung in den letzten Jahren: Die Einkommen aus Nichtarbeit – aus Gewinn, Vermögen und Finanzanlagen – sind in allen Volkswirtschaften, verglichen mit den Lohneinkommen, immer weiter gewachsen. Also kann es nicht vernünftig sein, den Sozialstaat nur über die Lohneinkommen – nur über die Sozialabgaben – zu finanzieren.

*Finanzierung
des Sozial-
staates muss
auf breitere
Basis gestellt
werden*

Daher ist das Schweizer Modell an dieser Stelle richtig: Alle, die Einkommen haben, zahlen in die Sozialkassen. Und alle Einkünfte – auch Zinseinkünfte, auch Mieten und Pachten usw. – werden zur Finanzierung des Sozialstaates herangezogen. Dann haben wir wirklich einen Sozialstaat, der sich so nennen darf, weil auch die Wohlhabenden sich an der Finanzierung des Sozialen beteiligen.

7. Demokratisches Erbe Europas

Ich sprach davon, dass wir Europäer eine besondere Aufgabe haben. Wir wissen ja, dass wir aufgrund der Übernahmen neoliberaler Denkmodelle und Politikrezepte Wachstumsverluste in den letzten Jahren haben. Diese Wachstumsverluste sind ja nicht irgendwelche Zahlen, sondern sie bedeuten immer

*Wachstums-
verluste
bedeuten
immer auch
soziale Not*

soziale Not bei einzelnen Schicksalen. In der Regel sind ja die Hauptakteure von all diesen Verwerfungen niemals betroffen.

Aber wenn Europa ein Erbe hat, dann ist es das demokratische Erbe. Und wenn es ein Erbe hat, dann ist es auch das Erbe der Französischen Revolution. Den alten Begriff der Gleichheit dürfen wir uns nicht diffamieren lassen durch „Gleichmacherei“ oder durch „Sozialneid“ oder sonst irgendetwas.

Nein, am Anfang der Politik muss die Erkenntnis stehen, dass jeder Mensch das gleiche Recht hat, sein Leben in Freiheit und in Würde zu gestalten. Das ist keine Gleichmacherei und kein Sozialneid, das ist elementares Verfassungsgebot der Europäischen Gesellschaft.

Für den innereuropäischen Dialog heißt dies, dass wir nicht den neoliberalen Schalmaienklängen auf den Leim gehen, sondern uns wieder an die ureigensten politischen Ziele erinnern.

*Entmachtung
der Politik*

Ich vergesse nie den Gipfel in Davos, ich saß dort als deutscher Finanzminister. Der Bundesbankpräsident Tietmeyer hat dort eine Rede gehalten und sagte wörtlich zu den versammelten Regierungschefs der Welt: „Meine Herren, Sie stehen heute unter der Kontrolle der internationalen Finanzmärkte.“ Und die saßen da und applaudierten noch. Da war ich fassungslos. Die sitzen da und da sagt einer: Ihr habt nix mehr zu sagen, weil es die Finanzmärkte, die Investmentbanken, die Investoren sind, die jetzt die Politik bestimmen. Und die sitzen da und klatschen.

Das mangelnde Bewusstsein geht also bis in die geistigen Eliten Europas. Das verpflichtet uns aber im Besonderen, immer wieder aufklärend tätig zu sein und die Fassaden einzureißen, die aufgebaut werden, um die Menschen in die Irre zu führen und zu täuschen. Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, Lohnzurückhaltung, längere Arbeitszeiten – es gibt ja ungezählte Beispiele, man muss nur näher hinschauen. Unser verpflichtendes Erbe ist das Erbe der Aufklärung. Und das Erbe der

Aufklärung ist untrennbar verbunden mit der Beachtung der Menschenwürde. Das ist das Gleichheitsgebot oder Solidarität oder Nächstenliebe oder auf welche Grundwerte Sie sich immer berufen wollen.

Natürlich hat die neoliberale Ära auch das Denken in den Köpfen und die politischen Strukturen verändert. Aber mittlerweile beginnt in Europa – und das sage ich nicht aus Zweckoptimismus – ein gewisses Umdenken.

Unsere Aufgabe dabei ist es, immer wieder unverbrüchlich darauf zu beharren:

Nicht die internationalen Finanzmärkte steuern die Politik, nicht die Renditeerwartungen einer Minderheit können die Richtung einer Gesellschaft bestimmen. Wir sind der Kontinent, der das Erbe der Demokratie, der französischen Aufklärung und der Französischen Revolution für sich beansprucht. Das verpflichtet aber auch, immer wieder und unverbrüchlich einzutreten für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde!

*nicht eine
Minderheit darf
die Richtung
einer
Gesellschaft
bestimmen*

Anmerkung:

1 Auszug einer Rede im Rahmen des 2. Austrian Social Forum, Linz, 5. Juni 2004

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Weingartshofstr. 10, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@ak-ooe.at
Internet: www.isw-linz.at